rendu, c'est-à-dire à partir du 21 juin, les poursuites pouvaient recommencer.

4. — La réquisition de vente ayant ainsi pu être formée le 21 juin, la réalisation aurait pu avoir lieu 10 jours après, soit à partir du lundi 2 juillet. Car ce n'est pas le délai de l'art. 133, mais bien celui de l'art. 122 qu'il y a lieu d'appliquer. En effet, en fixant ces délais, le législateur a tenu compte du temps requis pour l'accomplissement des actes préparatoires qui doivent précéder la vente et qui prennent sensiblement plus de temps quand il s'agit de vendre des immeubles que lorsque la vente ne porte que sur des objets mobiliers ou des créances. Or les actes préparatoires n'exigent pas plus de temps quand il s'agit de la vente d'objets mobiliers ou de créances constituant des accessoires d'un immeuble que lorsque la vente porte sur d'autres objets mobiliers ou d'autres créances.

La date à laquelle la réalisation des loyers en question aurait pu avoir lieu, étant ainsi le 2 juillet, et la faillite n'ayant été déclarée que le 3 juillet, il s'ensuit que les loyers rentrés avant le 3 juillet doivent être attribués aux créanciers poursuivants.

Par ces motifs,

La Chambre des Poursuites et des Faillites
prononce :

Les deux recours sont déclarés fondés ; par conséquent le produit net des loyers perçus avant le prononcé de faillite du 3 juillet 1906 doit être distribué entre les créanciers de la série N° 3127, conformément aux art. 144-150 LP.

34. *Entscheid vom 5. März 1907 in Sachen Lackfabrik Linke.*

Art. 260 SchKG. — Schicksal der « Abtretung » bei Einstellung des Konkurses nach Art. 230 SchKG.

I. In dem am 9. November 1905 über Philipp Gräber eröffneten Konkurs trat das Konkursamt Zürich I im Sinne des Art. 260 SchKG bestimmte Masseansprüche gegen die Rekurrentin, Lackfabrik Linke, ab, an die Konkursgläubiger Frau Gräber, E. Baltischwiler, Gebrüder Pfister und J. Sing. Nachher verfügte der Konkursrichter die Einstellung des Konkursverfahrens nach Art. 230 Abs. 1 SchKG und es wurde diese Einstellung gemäß Abs. 2 cit. definitiv, da kein Gläubiger die für die Durchführung des Konkursverfahrens erforderliche Sicherheit leistete. Gestützt hierauf verlangte die Rekurrentin vom Konkursamt, daß es die erwähnte Abtretung von Masseansprüchen annulliere (welche Ansprüche von den betreffenden Gläubigern gegenüber der Rekurrentin gerichtlich geltend gemacht werden). Das Amt weigerte sich, diesem Begehren zu entsprechen. Hiergegen führte die Rekurrentin vor den kantonalen Instanzen erfolglos Beschwerde.

II. Den am 26. Januar 1907 ergangenen Entscheid der oberen Aufsichtsbehörde hat die Rekurrentin rechtzeitig an das Bundesgericht weitergezogen.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht
in Erwägung :

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Rekurrentin, in ihrer Eigenschaft als Dritte, gegen welche die streitigen Masseansprüche erhoben werden, legitimiert sei, auf dem Beschwerdewege zu verlangen, daß die frühere „Abtretung“ nach Art. 260 SchKG rückgängig gemacht werde, durch welche die Konkursgegner die konkursrechtliche Befugnis erlangt hatten, diese Ansprüche namens der Masse, namentlich auch als prozeßführungsberechtigte, geltend zu machen (vergl. den ähnlichen, die Legitimation des Dritten verneinenden Entscheid in Sep.-Ausg. 6 Nr. 34 *).

* Ges.-Ausg. 29 I Nr. 56 S. 260 ff.

(Anm. d. Red. f. Publ.)

Unter allen Umständen läßt sich nämlich das gestellte Beschwerdebegehren, die Konkursverwaltung zur Annullierung der „Abtretung“ zu verhalten, in sachlicher Hinsicht nicht zusprechen: Ob und in welcher Weise die Einstellung des Konkursverfahrens nach Art. 230 SchKG auf das konkursmäßige Beschlagsrecht am „abgetretenen“ Ansprüche und die Rechte einwirkt, welche die Gläubiger aus der „Abtretung“ erlangt haben, braucht hier nicht genauer geprüft zu werden. Jedenfalls aber entstehen die Rechtsfolgen einer solchen Einwirkung von selbst, kraft der Einstellungsverfügung, ohne daß es noch eines besondern Willensaktes der Konkursverwaltung bedürfte. Eine Verfügung der Konkursverwaltung auf Aufhebung der „Abtretung“ zu erlassen, wäre entweder rechtlich unmöglich oder dann unzulässig. Ersteres wenn die bezweckte Rechtswirkung (Entzug der den Einzelgläubigern aus der „Abtretung“ erwachsenen Befugnisse) von Gesetzes wegen mit der Einstellung des Konkursverfahrens eintritt, dertart, daß damit der konkursmäßige Beschlag schlechthin und am ganzen Konkursvermögen, auch dem abgetretenen Ansprüche erlischt. Letzteres aber, wenn umgekehrt das Gesetz diese Rechtswirkung trotz der Einstellung nicht eintreten lassen will und sie deshalb auch nicht durch eine besondere Verfügung der Konkursverwaltung bewirkt werden soll.

Das Gesagte läßt natürlich der Rekurrentin die Möglichkeit unbenommen, in einem über die streitigen Masseansprüche hängigen Zivilprozeße geltend zu machen, daß diese Ansprüche infolge der Einstellung konkursfreies Vermögen geworden seien und deshalb den Rekursgegnern, denen sie „abgetreten“ waren, nunmehr die erforderliche konkursrechtliche Legitimation zu ihrer Einklagung abgehe.

Demnach hat die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
erkannt:

Der Rekurs wird abgewiesen.

35. **Entscheid vom 13. März 1907** in Sachen

1. Fröhlich und Konsorten, 2. Spar- und Leihkasse Entlebuch und Konsorten, 3. Konkursamt Entlebuch.

Verteilung im Konkurse, Art. 261 ff. SchKG.

I. a) Im Konkurse des Otto Felder, Wirtes auf Farnbühlbad zu Werthenstein, hatten die gleichzeitig als Konkursgläubiger auftretenden René Fröhlich in Dietikon, Oskar Thoma in Zürich, Robert Thoma in Sargans, Otto Haas in Schaffhausen und Alexander Girard in Locle das Hoteletablissement mit sämtlichem Mobiliar als Eigentum beansprucht. Die Konkursverwaltung trat, da die Gläubigergesamtheit auf die betreffenden Masserechte verzichtete, dieselben im Sinne von Art. 260 SchKG ab an:

1. Josef Segesser, Bankgeschäft in Luzern, 2. Josef Steiner, junior, in Walters, 3. Rudolf Mosse, Zürich, 4. Jean Burri, Walters, 5. Josef Felder, Walters, 6. Witwe Waldis, Montreux, 7. Frau Felder-Waldis, Montreux, 8. Bierbrauerei Spiez, A.-G., Luzern, 9. Otto Kaufmann, Luzern, 10. Haasenstein & Wogler, Luzern, 11. Fürsprech Randid Hochstrasser, Willisau, 12. Gebrüder Giger, Entlebuch, 13. Friedensrichter Hoffstetter, Entlebuch, 14. Spar- und Leihkasse Entlebuch, 15. A. Müller, Luzern, 16. J. A. Balmer, Schüpfheim, 17. Anton Hufstein, Cham, 18. Robert Zemp, Luzern,
im folgenden Gruppe A genannt.

Das Verfahren zwischen diesen Gläubigern und den erwähnten fünf Vindikanten endigte damit, daß die letztern eine ihnen angelegte Frist zur Klageeinreichung versäumten und daß infolgedessen ihre Ansprüche als verwirkt erklärt wurden.

b) Neben den genannten Vindikanten hatte der unter den obigen „Bessionaren“ figurierende Josef Segesser seinerseits das sämtliche Hotelmobiliar samt Borräten als Eigentum angesprochen. Dies führte zu einer Abtretung der betreffenden Masserechte nach Art. 260 an jene fünf Vindikanten und andere Konkursgläubiger, nämlich an:

1. René Fröhlich, 2. Oskar Thoma, 3. Robert Thoma, 4.